Bezugs-Preise
Monatl. einschl. Trägerlohn ℳ 1.60
Einzelnummer 10 ₰
Erscheint an jed. Werktage
Verbreitetste Zeitung im OA.-Bez. Nagold
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung d. Zeitg. oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.
Postscheck-Konto Stuttgart 5113.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit den illustr. Unterhaltungs-Beilagen „Feierstunden" - „Unsere Heimat"

Nagolder Tagblatt

mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold

Anzeigen-Preise
Die einspaltige Zeile aus gewöhnl. Schrift od. deren Raum 12 ₰
Familien-Anzg. 10 ₰
Reklame-Zeile 35 ₰
Sammelanzeigen 50 % Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge u. Chiffreanzeigen kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 129 | Gegründet 1826. | Samstag den 6. Juni 1925 | Fernsprecher Nr. 29. | 99. Jahrgang

Tagesspiegel

Generaldirektor Oeser hat die Leitung der Reichsbahngesellschaft wieder übernommen. Staatsrat Dr. Stieler wird nach seinem Wohnsitz in Württemberg zurückkehren.

Unter Beteiligung aller Parteien und Stände wurde in einer Versammlung im Festsaal des alten Rathauses in Wien einstimmig die Gründung eines österreichisch-deutschen Volksbunds gegründet, der auf Grund des Selbstbestimmungsrechts die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland anstrebt.

Die Lage des Kabinetts Painlevé wird wegen der brennenden Finanzfrage immer schwieriger, und es erscheint fraglich, ob der Linksblock in der vom Finanzminister eingebrachten sogenannten kleinen Steuerreform zusammengehalten werden kann.

Die italienische Kammer hat die Regierungsverordnungen über die Bestätigung der Friedensverträge genehmigt.

Im rumänischen Parlament entstand eine furchtbare Schlägerei, als die Regierung den Antrag einbrachte, die Redezeit der Opposition einzuschränken.

Politische Wochenschau.

Die Pfingsttage sind gewöhnlich auch in der Politik eine Zeit der Erholung. In diesem Jahr gab es ein „politisches Pfingsten" im vollsten Sinne des Worts. In München wurde die Deutsche Verkehrsausstellung in Gegenwart dreier Reichsminister, der bayerischen Regierung und des württ. Staatspräsidenten eröffnet, wobei politische Reden gehalten wurden. Auch der Reichstag kam zu keiner richtigen Pfingstpause. Amtlich ist er zwar bis 9. Juni vertagt, aber in der Zwischenzeit gibt es für die Kommissionen oder die Fraktionsführer manche wichtige Dinge zu erledigen, über die man im Klaren sein will, ehe die Vollsitzungen beginnen. Das Schicksal der Gesetzesvorlagen und die Stellungnahme zu bestimmten Fragen ist ja meist schon lange bestimmt, bevor „das Haus" die Gegenstände in Beratung nimmt. Die Führenden haben denn auch in der Pfingstwoche an dem parlamentarischen Wedstuhl gesessen, um in emsigem, parteipolitischem Austausch von Zettel und Einschlag das Gewebe der Finanz-, Steuer-, Zoll- und Aufwertungsgesetze so weit vorzubereiten, daß ihm nur noch der Stempel der Kommissions- und Plenumsbeschlüsse aufgedrückt zu werden braucht. Letzterer Vorgang pflegt bekanntlich von mehr oder weniger munteren, und kürzeren oder längeren, meist jedoch recht langen Reden begleitet zu sein; eigentlich könnte für gewöhnlich, wie man sieht, die große Mehrzahl der Reden ungesprochen bleiben, an der Sache, d. h. an der Annahme oder Ablehnung oder Abänderung der Vorlagen würde nichts geändert, aber es würde viel Zeit und Geld gespart. Doch das Reden gehört nun einmal zum Wesen des Parlaments. Davon hat es ja den Namen, denn Parlament kommt her von dem französischen Wort parler, und das bedeutet: reden, schwatzen. Ein kommunistischer Abgeordneter hat daher einmal unhöflich, aber sprachwissenschaftlich nicht ganz unrichtig, den Reichstag eine Schwätzbude genannt.

Die Entwaffnungsnote wurde nun, nachdem die Balgerei um die Verfehlungen sich volle sechs Monate hingezogen hatte — man genierte sich lange, durch die fürchterliche Liste sich vor der Welt lächerlich zu machen — am Donnerstag mittag durch die Botschafter der fünf Hauptverbündeten dem Reichskanzler übergeben und man fügte noch einen kleinen Nadelstich für die deutsche Presse bei, indem man verbot, daß die Note vor Samstag veröffentlicht werde — weil sie so lang sei; nämlich mit Anlagen 35 Seiten lang. Die Presse des Auslands wird sie inzwischen bereits veröffentlicht haben. Die deutsche Presse lacht darüber und denkt sich was dabei, was man nicht sagen darf.

Nicht so glatt wie mit der Entwaffnungsnote ging es mit der Sicherheitsfrage d. h. mit der Note, die als Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorschläge vom 28. Febr. d. J. zurechtgemacht werden soll. Nach monatelangem Gezerre schien man in voriger Woche so weit gekommen zu sein, daß eine leidliche Uebereinstimmung zwischen London und Paris hergestellt war. England war dafür gewonnen, daß aus dem Rheinland eine Art „Rühr mich nicht an" gemacht werde, und daß es Deutschland den Krieg erklären werde, wenn es eines Soldaten Stiefel auf dieses heilige Land setze. Allerdings müsse es ablehnen, auch für die edlen Polen und und Tschechen das Schwert zu ziehen, wenn diese — was bei dem anmaßenden Benehmen dieser Neustaaten ja nicht ganz ausgeschlossen ist — einmal eine kriegerische Verwicklung mit Deutschland haben sollten. In Paris legte man aber die englische Stellungnahme in bekannter Wahrheitsliebe so aus, als ob England allerdings dem deutschen Heer das Betreten des deutschen Rheinlands verbiete, daß es aber selbstverständlich nichts einzuwenden habe, wenn französische Heere durch das Gebiet marschieren, sei es, um in eigener Sache Deutschland anzugreifen, oder den geliebten Polen gegen Deutschland oder Rußland zu Hilfe zu kommen. Diese bewußte kecke Verdrehung hat selbst in England überrascht, und man ließ es an dem kalten Wasserstrahl nicht fehlen. Das sei doch ein merkwürdiges „Mißverständnis". Das britische Interesse verlange, daß das Rheingebiet von beiden Seiten unverletzlich sei; denn wenn z. B. die Franzosen unberechtigt Deutschland angreifen würden und die Deutschen würden den Angriff erfolgreich zurückschlagen, so könnten sie dann wieder bis an die Häfen des Nordseekanals vordringen und England gefährlich werden. Ob die Franzosen durch das Gebiet marschieren dürfen, das hänge davon ab, ob ihr Einbruch moralisch gerechtfertigt sei und ob er die einstimmige Genehmigung des Völkerbunds finde und ob England als Vertragsteilnehmer keinen Widerspruch erhebe.

Die Pariser Diplomatie steckte die Ohrfeige zorngerötet, aber lächelnd ein: sie wird die Sache nun anders anfassen. Staatspräsident Doumergue und Painlevé machten einen Pfingstbesuch in Straßburg und übersprudelten geradezu in Lobeserhebungen über Elsaß-Lothringen, vergessend, daß vor nicht langer Zeit ein sozialdemokratischer Abgeordneter in der Kammer ihnen und allen Franzosen aus dem Herzen gesprochen hatte, als er den elsässischen Abgeordneten zurief: „Ihr seid ja gar keine Franzosen!" Die Festreden, die Doumergue und Painlevé in Straßburg hielten, sind geheim gehalten worden; die Pariser Blätter durften wider alle Gewohnheit nur kurze Auszüge veröffentlichen und den deutschen Blättern setzten die Nachrichtenbüros zusammengestückelte Bruchstücke vor. Man weiß aus ihnen nur so viel, daß Doumergue von der künftigen Kriegsmöglichkeit sprach und von der Rolle, die Elsaß-Lothringen dann zufallen werde. Von Painlevés Rede wurde berichtet, daß er am Schluß die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenarbeiten mit Deutschland ausgesprochen habe. Es ist beschämend, sagen zu müssen, daß ein Teil der deutschen Presse auf dieses angebliche Friedensbekenntnis Painlevés hereingefallen ist und es für bare Münze genommen hat. Du lieber Himmel, es ist doch schier mit den Händen zu greifen, daß die französische Diplomatie den Kampfplatz nun nach Genf verlegen wird, um auf dem Umweg über den Völkerbund alles das zu erreichen, was es in dem Sicherheitsvertrag mit England preisgegeben scheint. Und just den rechten Helfer hat es in dem Tschechen Benesch, der wieder wie eine Katze überall herumschleicht und bald in Paris, bald wieder in Genf auftaucht, um gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland, den erst zwei machtvolle Pfingstkundgebungen in Münster i. W. und in Kufstein gefordert haben, seine Ränke zu schmieden und für den großen westöstlichen Sicherheitsvertrag Stimmung zu machen. Am 7. Juni werden sie sich in Genf finden, die Herren vom Völkerbundsrat und da wird Chamberlain einen schweren Stand gegen Briand und Benesch haben, um so mehr, als er mit seinem Herzen so ganz bei ihnen ist, nur daß eben verschiedene seiner Ministerkollegen und die öffentliche Meinung in England und noch mehr die in den Dominions die unrühmliche und gefährliche Schleppträgerei Frankreich gegenüber nicht mehr billigen. Aber es wird ein interessanter Minen- und Giftgaskampf sein, der sich in Genf abspielt.

Warum aber die Franzosen trotz ihrer 700 000 weißen Mannen immer noch so eine Heidenangst haben? Je nun, jeder Mensch mit einem schlechten Gewissen ist in gewissem Sinn ein Angsthase. Und dann die Erfahrung! Den Franzosen schlottern noch heute die Knie, wenn sie bedenken, wie es ihnen 1914 ergangen wäre, wenn sie nicht 28 Bundesgenossen gehabt hätten. Und jetzt wieder in Marokko! 150 000 Mann mit leichter und schwerer Artillerie, Panzertanks und Panzerautos, Flugzeugen und Giftgasgranaten, Generälen und Marschällen gegen etwa 15 000 Kabylen unter einem einfachen Stammeshäuptling. Und der Erfolg, daß dies gewaltige französische Heer bisher nur immer rückwärts gesiegt hat. Beim letzten Pfingstangriff sollen die Franzosen nach einer italienischen Meldung 150 Kilometer verloren haben. Gegen das Häuflein Abd el Krims braucht die „Große Nation" der Franzosen sogar noch die Hilfe der Spanier, die der Buckel von den Hieben Abd el Krims noch schmerzen muß, die aber offenbar nach weiteren Hieben hungern, — wenn die spanische Hilfe nicht etwa von dem Pariser Sondergesandten Malvy mit reinem Gold erkauft worden sein sollte, — der deutsche Bosch zahlt ja doch alles. Die Großmäuligkeit, die die Franzosen uns Deutschen gegenüber an den Tag legen, weil wir uns alles gefallen ließen, hat den Kabylen gegenüber ganz aufgehört; die amtlichen Kriegsberichte sind nachgerade bemitleidenswert kleinlaut geworden. Auf keinen Fall haben die beiden europäischen Großmächte Grund, auf ihr Marokko-Abenteuer stolz zu sein, und selbst, wenn sie schließlich mit der wohlwollenden Unterstützung Englands der kleinen Kabylenstämme vorübergehend Herr würden, wird doch jedenfalls den Franzosen im innersten Herzkämmerlein das Bewußtsein erhalten bleiben, wie wenig sie militärisch wert sind, wenn sie allein sind.

Aehnliche Sturmzeichen, wie in Marokko, aber ungleich gefährlicher, erheben sich in China. Der Aufruhr gegen die Fremden in Schanghai hat eine ungeheure Ausdehnung angenommen und bereits verschiedene Provinzen des großen Reichs ergriffen. In Peking, Tsingtau, Hanghow, Kanton und anderen Orten erheben sich die Chinesen gegen die Fremden. Es ist aber überaus bezeichnend, daß der deutsche Gesandte in Peking melden konnte, Leben und Eigentum der Deutschen sei nicht gefährdet. Die Fremden, gegen die sich der chinesische Haß richtet, sind also ganz bestimmte Fremde, d. h. diejenigen, die das bisher wehrlos scheinende China (vergleiche das heutige Deutschland) in rücksichtslosesten Weise ausbeuten. Es sind vor allem die Japaner und die Engländer. Man erinnert sich vielleicht, daß in der Thronrede, mit der die gegenwärtige britische Regierung ihr Amt antrat, ein Eingreifen in die Verhältnisse Chinas angekündigt war, angeblich, um dem „Chaos" in China ein Ende zu machen, — in Wirklichkeit, weil auch in Frankreich das Interesse für das chinesische Geschäft erwacht war. Das 450 Millionen-Volk der Chinesen kann ein furchtbarer Gegner werden, dem die „Fremden" in dem ungeheuren Gebiet nur so weit etwas anhaben können, als ihre Schiffsgeschütze reichen. Die Zeit ist vorbei, wo der englische Admiral Seymour im Boxeraufstand 1900, als die vereinigten fremden Truppen von den Boxern bedrängt wurden, seine Rettung fand durch den Befehl: „Die Deutschen an die Front!" Die Deutschen bleiben hoffentlich auch in dem Chinakreis hübsch auf der Seite und lassen sich nicht etwa durch den Völkerbund an die Front kommandieren.

Aus der Entwaffnungsnote

Berlin, 5. Juni.

Der Berliner „Lokalanzeiger" erfährt einiges über den Inhalt der Entwaffnungsnote: In bezug auf die Reichswehr wird verlangt, daß die Stellung des Chefs der Heeresleitung in die Grenzen zurückgeführt werde, wie er sie im Jahr 1919 bei der ersten Aufstellung der Reichswehr hatte, daß also die Befehlseinheit über die Gruppenkommandos und Wehrkreiskommandos wegfalle, er nur noch ausführendes Organ des Reichswehrministers bleibe. Die übrigen Forderungen, soweit sie Heer und Marine betreffen, setzen sich aus unzähligen Kleinigkeiten zusammen, wie sie aus den früheren Berichten der Ueberwachungskommission bekannt sind. Bezüglich der Schutzpolizei wird behauptet, daß ihre Stärke die im Abkommen von Boulogne zugelassene Zahl von 30 000 überschreite, und die angebliche Ueberzahl solle entlassen werden. Ferner soll die Oberleitung der Polizei in den einzelnen Ländern aufgehoben werden und an die Gemeindeverwaltungen übergehen. Jede militärische Ausbildung, soweit sie nicht für den Polizeidienst notwendig ist, soll unterbleiben und die bisherige Angleichung der Dienstgradbezeichnungen an die der Reichswehr aufhören. Endlich sollen in Zukunft keinerlei vorübergehende Verstärkungen durch Hilfsmannschaften mehr stattfinden. Wenn diese Forderungen erfüllt sind, seien die Verbündeten bereit, für die größeren Städte, Industriehauptorte usw. der weiteren Kasernisierung der Schutzpolizei zuzustimmen. Eine Auflösung der vaterländischen Verbände wird nicht gefordert, doch verlangt die Note, daß Gesetze geschaffen werden, die jede militärische Ausbildung dieser Verbände unmöglich machen, und daß für die Unterdrückung jeder Verbindung mit der Reichswehr gesorgt werde. Für die Industrie werden sehr erhebliche Umstellungen einer größeren Zahl wichtiger deutscher Fabriken verlangt. Es wird eine große Anzahl von Einzelfällen aufgeführt, in denen die früher zur Herstellung von Kriegsmaterial verwendeten Maschinen zu zerstören bzw. zu zerteilen sind. Das bezieht sich unter anderen auf Krupp, die Deutschen Werke, eine große Fabrik in Karlsruhe usw. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Durchführung der Forderungen, soweit sie überhaupt möglich ist, außerordentlich schwierig ist, längere Zeit in Anspruch nehmen und vor allem dem Reich riesige Unkosten auferlegen würde. Die Durchführung soll unter Aufsicht und in jedem Fall nach vorheriger Verständigung mit der Militärüberwachungskommission erfolgen. Es wird in Aussicht gestellt, daß nach Erfüllung der militärischen Forderungen die Räumung des ersten rheinischen Besetzungsgebiets (Kölner Zone) beginnen solle.

Neuestes vom Tage

Reichspräsident von Hindenburg und die Entwaffnungsnote

Berlin, 5. Juni. Reuter meldet aus Berlin, Reichspräsident von Hindenburg beteilige sich in seiner Eigenschaft als Präsident und als militärischer Sachverständiger und verfassungsmäßiger Oberkommandierender des Heers an der Ausarbeitung der Antwort, die den Verbündeten auf ihre Entwaffnungsnote erteilt werden soll.

Dem heutigen Kabinettsrat, der mehrere Stunden dauerte, wohnte auch der preußische Ministerpräsident Braun bei. Die Reichsminister, deren Verwaltungsgebiete durch die Entwaffnungsnote berührt werden, tauschten ihre Meinungen aus. Auf Wunsch des Reichskanzlers sollen auch die deutschen diplomatischen Vertreter in London, Paris und Brüssel gehört werden. Die Reichsregierung wird ihre vorläufige Stellungnahme in den nächsten Tagen bekannt geben, sobald die Prüfung der Note im Kabinett beendet ist.

Dem Kabinettsrat, der im Haus des Reichspräsidenten stattfand, wohnten auch mehrere Reichswehrgenerale an.

Die Vertreter der Länder werden nächsten Mittwoch in Berlin eintreffen, um zu der Note Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende des Reichstagsausschusses, Abg. Dr. Hergt, wird den Ausschuß auf nächsten Mittwoch zur Besprechung der Entwaffnungsnote einberufen.

Peinlicher Eindruck der Entwaffnungsnote in Berlin

Berlin, 5. Juni. Von hier meldet der „Petit Parisien", daß die Entwaffnungsnote in den amtlichen Kreisen einen peinlichen Eindruck gemacht habe. Für die Zerstörung der Maschinenanlagen bei Krupp und in anderen Werken müßte die Reichsregierung an die Industriellen mehrere hundert Millionen Entschädigung zahlen. Die Regierung würde sich dazu verstehen, wenn die Entschädigung auf die Kriegsentschädigung angerechnet würde. (Die Höhe der Kriegsentschädigung ist doch noch gar nicht bekannt und könnte willkürlich um die in Frage kommenden Hunderte von Millionen Goldmark erhöht werden. D. Schr.) Bei der großen Wohnungsnot sei die Verlegung der Schutzpolizei in Privatquartiere unmöglich.

Grundsätzliche Aenderung der Pfandbriefaufwertung

Berlin, 5. Juni. Wie die „D. A. Z." erfährt, werden aus Kreisen der Regierungsparteien bei dem Aufwertungsausschuß drei Anträge gestellt, deren Annahme eine grundsätzliche Umgestaltung der Pfandbriefaufwertung bedeuten würde. Zunächst soll, wie es bei öffentlichen Anleihen und Industrieobligationen der Fall ist, eine Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitz gemacht werden. Der Altbesitz soll in Höhe der allgemeinen Aufwertungsquote

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

vorweg befriedigt werden, so daß der Neubesitz nur den dann etwa noch verbleibenden Rest erhält. Ferner sollen entsprechend der Rückwirkung der Aufwertung bei Hypotheken auch die nach dem 15. Juni 1922 eingelösten Pfandbriefe an der Verteilung teilnehmen. Schließlich soll die rückwirkende Aufwertung von Hypotheken nicht eintreten, wenn Gläubigerin eine Hypothekenbank oder sonstige Grundkreditanstalt ist.

Verbot der Einspruchsversammlungen

Koblenz, 5. Juni. Die verbündlerische Rheinlandkommission hat allgemein die Abhaltung von Einspruchsversammlungen gegen die Entwaffnungsnote und die Verschleppung der Räumung Kölns verboten.

*

Gemeinsamer spanisch-französischer Feldzugsplan gegen die Kabylen

Paris, 5. Juni. Die französische und die spanische Regierung werden durch bevollmächtigte „Sachverständige" die Frage erörtern lassen, „wie die beiden Mächte ihr militärisches Vorgehen in Marokko ausführen können, ohne sich gegenseitig zu schaden". — Der Sinn dieser in diplomatisches Dunkel gehüllten Meldung scheint zu sein, daß der französische und der spanische Generalstab einen gemeinsamen Feldzugsplan gegen die Kabylen ausarbeiten sollen, wobei die Spanier mit ihren üblen Erfahrungen den Franzosen mit Rat und Tat an die Hand gehen sollen.

Havas meldet, der Stamm der Dscheballahs habe sich geweigert, für Abd el Krim Truppen zu stellen, da er seinem Verderben entgegengehe.

Der Kriegsbericht meldet, daß die Kabylen in der Nacht zum 3. Juni die befestigte Stellung Ster erneut angegriffen haben. Die Gegend von Achmed soll durch französische Vorstöße wieder befreit worden sein. Die Rifleute machen große Anstrengungen, um weitere Stämme zum Abfall zu bewegen.

Der Aufruhr in China

London, 5. Juni. Die Nachrichten aus Peking und Shanghai lauten heute weniger beunruhigend. Aus dem Innern Chinas, wo es auch gären soll, liegen keine Meldungen vor. Vor Shanghai sind drei britische Kreuzer eingetroffen, einige andere kreuzen in der Nähe.

Der italienische Gesandte hat namens der diplomatischen Vertretungen der Regierung in Peking eine Note übergeben, die erklärt, die ausländische Polizei in Shanghai habe von den Waffen Gebrauch machen müssen, weil sie von den Streikenden angegriffen wurden. Die Botschafter hoffen, daß die chinesische Regierung die Verhältnisse in Shanghai unparteiisch prüfen werde und daß die Ruhe wieder hergestellt werden könne.

Peking, 5. Juni. Die chinesische Regierung hat in einer neuen Note gegen die weitere Verwendung von Schußwaffen gegen die Streikenden scharfen Einspruch erhoben und die Vertreter der Mächte aufgefordert, zu veranlassen, daß der Gebrauch von Feuerwaffen seitens der Fremdenpolizei eingestellt werde.

Aufsehenerregende Drohung Japans an China

London, 5. Juni. Der „Daily Expreß" meldet, die japanische Regierung habe in einer Note an die Regierung in Peking erklärt, wenn die chinesischen Behörden nicht mehr imstande sein sollten, in verschiedenen Städten die Ordnung aufrecht zu erhalten, so sei Japan bereit, eine Flotte und Truppen nach China zu senden, um den Aufruhr zu unterdrücken. — Das Blatt fragt, ob Japan sich auch über die möglichen Folgen eines solchen Schritts Rechenschaft abgelegt habe.

Der Streik in Schanghai

Paris, 5. Juni. Havas meldet, in Schanghai seien fast sämtliche chinesischen Telegraphisten der Kabelgesellschaft in den Streik getreten, ebenso die Angestellten der europäischen Gasthöfe. Die Fremdenpolizei hat bei Streikenden kommunistische Hetzschriften beschlagnahmt und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Ausschreitungen waren gestern nicht zu verzeichnen.

Vor Schanghai ist ein japanischer Kreuzer mit 200 Mann Marineinfanterie erschienen.

Der Londoner „Star" meldet, in Schanghai durchziehen Panzerwagen die Straßen, die Lage ist äußerst gefährlich. Der britische Generalkonsul ersucht um die Landung von 2000 Mann aus den britischen Kriegsschiffen.

Württemberg

Stuttgart, 5. Juni. Vom Landtag. Der Ausschuß für Verwaltung und Wirtschaft hat der Anforderung von Staatsmitteln zur Bekämpfung der Lebergelseuche und zur teilweisen Entschädigung der Viehhalter bis zum Gesamtbetrag von 400 000 Mark zugestimmt.

Zum Bauarbeiterstreik. Der Schlichtungsausschuß hat einen Spitzenlohn von 1,20 ℳ aufgestellt. Als Arbeitszeit wurden 48 Stunden vereinbart. Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik als nicht unterbrochen. Der Manteltarifvertrag läuft bis 28. Februar 1926, das Lohnabkommen bis 31. Oktober d. J.

Die Gipser und Stukkateure im Bezirk Groß-Stuttgart sind seit Dienstag, den 2. Juni, in Streik getreten. Lohnforderungen wurden bis jetzt von den Gehilfen nicht gestellt, dagegen war die seitherige schematische Altersbezahlung die umstrittene Frage, an der sich die Verhandlungen zerschlagen haben.

Lohnstreik. Die Lohnverhandlungen zwischen dem Landwirtschaftlichen Hauptverband in Württemberg und den Verbänden der Landarbeiter sind gescheitert. Die Arbeiterverbände haben den staatlichen Schlichtungsausschuß angerufen.

Ditzingen OA. Leonberg, 5. Juni. Bissiger Hund. Ein Hund sprang einem Kind an den Hals und verletzte es so schwer, daß die Verbringung des Kindes ins Leonberger Krankenhaus notwendig wurde.

Steinheim a. Murr, 5. Juni. In die Sense gefallen. Beim Futterholen fiel die Ehefrau des K. Fink in die Sense, die ihr die Lunge durchstach, so daß sie schwerverletzt nach Hause gebracht werden mußte.

Kirchheim u. T., 5. Juni. Ueberfall. Auf der Straße von Neidlingen nach Weilheim wurde ein 12jähriges Mädchen von einem jungen Burschen am hellen Tag überfallen. Das Mädchen wehrte sich und rief um Hilfe. Da ein Kraftwagen sich näherte, ergriff der Kerl die Flucht. Der Wagen nahm das Mädchen auf und brachte es nach Neidlingen.

Böfingen OA. Rottweil, 5. Juni. Tot aufgefunden. Der 43 Jahre alte ledige Xaver Bantle von hier wurde morgens in der Nähe von Epfendorf auf dem Bahndamm vom Zug überfahren tot aufgefunden.

Deilingen OA. Spaichingen, 5. Juni. Unglücksfall. Ein schulpflichtiges Kind des Bäckers und Bauern Karl Reiner brachte die linke Hand in die Futterschneidmaschine. Der Vater hatte noch kurz vorher die Messer geschärft. Dem Kind wurde die Vorderhand vollständig abgeschnitten.

Oberessendorf OA. Waldsee, 5. Juni. Tödlicher Sturz. Der 66 Jahre alte Zimmermann Michael Heber stürzte von einer Leiter rückwärts herunter und brach das Genick, so daß er verschied.

Eßlingen, 5. Juni. Ertrunken. Gestern ist ein drei Jahre altes Mädchen beim Spielen in der Oeffnerstraße in den Hammerkanal gefallen und ertrunken.

Heilbronn, 5. Juni. Lebensrettung durch einen Hund. Vom Tode des Ertrinkens gerettet wurde ein dreijähriger Knabe, der bei der Neckarbrücke ins Wasser fiel. Ein Wolfshund, der ins Wasser sprang, verhinderte das Untergehen des Kindes, das durch einen Arbeiter dann gerettet wurde.

Ilsfeld OA. Besigheim, 5. Juni. Das Schießeisen. Auf der Straße Ilsfeld—Auenstein wurde ein 19jähriger, von Unterheinriet gebürtiger, hier bedienstieter Knecht tot, mit einer Schußwunde im Kopf, aufgefunden. Vermutlich liegt ein Unglücksfall durch unvorsichtiges Hantieren mit einem Terzerol vor.

Eislingen, OA. Göppingen. Ueble Düfte. Abends entstieg wieder ein gasähnlicher, gesundheitsschädlicher und atemberaubender Gestank der Fils, und zahlreiche Fische mußten ihr Leben lassen. Den Anwohnenden setzte sich der Gestank in die Häuser.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 6. Juni 1925.

Fehlt zum geplanten Werke dir die Kraft,
Entreiße dich des Zweifels langer Haft,
Der Wille ist es, der die Tat verschafft,
In ihm liegt sich, was dir noch fehlt: die Kraft.
Rückert.

*

Veranstaltungen am Sonntag.

Von 11 Uhr ab Werbetag für Leibesübungen. Veranstaltet von den Leibesübungen treibenden Vereinen von Nagold.
2 Uhr: Geflügel- und Kaninchenzüchter-Verein Nagold, Hauptversammlung im Löwen.
½4 Uhr: C. V. J. M. Mitgliederversammlung.
In Altensteig: Bezirksmissionsfest nachmitt. 2 Uhr in der Stadtkirche.

*

Der neue Fahrplan, der mit dem gestrigen Tag in Kraft trat, liegt unserer heutigen Nummer als Wandfahrplan bei. Wir hoffen mit der raschen Veröffentlichung einem besonderen Bedürfnis unserer Leser entgegengekommen zu sein. Noch neu hinzutretende Abonnenten bekommen den Fahrplan nachgeliefert. Abonnements auf unsere Zeitung nimmt unsere Geschäftsstelle jeden Tag entgegen.

*

Möriketabend im Seminar. Anläßlich der 50. Wiederkehr von Mörikes Todestag wurde im Seminar eine Mörikefeier veranstaltet. Herr Studienrat Goes sprach über den Dichter und sein Werk. Er hatte es trefflich verstanden, die zahlreichen Zuhörer in eine Stimmung poetischer Andacht zu versetzen und sie aufnahmefähig zu machen für die folgenden deklamatorischen und gesanglichen Darbietungen. Letztere bestritt der hier immer willkommene H. Achenbach. Er sang eine größere Zahl Mörikelieder in der Vertonung von Hugo Wolf mit angemessenem Ausdruck. Die Klavierbegleitung lag in den bewährten Händen von H. Studienrat Schmid. Allen Teilnehmern aber wird erneut zum Bewußtsein gekommen sein, welche reiche Quelle edlen Genusses uns in Mörikes Werken fließt.

Werbetag für Leibesübungen am 7. Juni 1925.

In seinem kleinen Werke: „Die Leichtathletik", das Dr. Ritter von Halt, Deutschlands größtem Olympier Hans Braun widmet, schreibt der Verfasser: „Ganz allgemein sei es zunächst gesagt: Jeder Mensch hat die Pflicht, sich körperlich in der Absicht zu betätigen, seine Konstitution zu verbessern, seinen Körper gesund, kräftig und schön entweder zu machen oder zu gestalten. Das ist zunächst der Hauptzweck aller Leibesübungen. Der Sport ist ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen".

Um seinerseits zur Erreichung dieses Ziels beizutragen, veranstaltet der Sportverein von 1911 e. V., im Verein mit dem Turnverein und Radfahrerverein einen Werbetag.

Ein Stafettenlauf über 2000 m beginnt um 11 Uhr in der Vorstadt, geht durch die Markt- und Calwerstraße bis über die Seifenfabrik und wieder zurück. Der Lauf wird von sechs Mannschaften à 10 Mann, also 60 Läufer, bestritten und nimmt ca. 5 Minuten in Anspruch. Es nehmen daran teil: die Sportvereine Herrenberg, Iselshausen, Altensteig, Stuttgarter Kickers III, Nagold und eine Seminarmannschaft außer Konkurrenz. Der besten Mannschaft winkt ein vom S.V.N. gestifteter Pokal. Das Publikum wird gebeten, die Straße in der Laufzeit freizuhalten und sich auf den Gehwegen aufzuhalten.

Um 1 Uhr beginnt ein Umzug aller teilnehmenden Vereine in Sportkleidung durch die Burgstraße, Bahnhofstraße, Marktstraße, Calwerstraße zum Sportplatz. Dort nehmen um ½2 Uhr folgende Fußballspiele und turnerische Veranstaltungen ihren Anfang: ½2 Uhr S.V.N. Jugend — Herrenberg Jugend; ½3 Uhr S.V.N. I — Stuttgarter Kickers III; 4 Uhr S.V.N. II gegen Sportverein Altensteig I.

Es darf erwartet werden, daß die Bevölkerung von Nagold und Umgebung die Ziele der Leibesübungen durch rege Anteilnahme an den Veranstaltungen gutheißt: **aus beweglichen Jünglingen harte, standhafte, wetterfeste Männer zu machen; denn von dem Grade der Gesundheit eines Kulturvolks hängen sein Wohlstand und seine wirtschaftliche Kraft ab.** -tg.

Wie schützt man sich bei Gewittern? Wenn es so weiter geht, werden wir ein sehr gewitterreiches Jahr haben, denn schon jetzt hat es an Unwettern nicht gefehlt, die verschiedene Opfer gefordert haben. Manche dieser Unglücksfälle ließen sich vermeiden, wenn das Publikum mehr darüber wüßte, wie man sich bei Gewittern schützt. Zunächst einmal ist ein Blitzableiter eine sehr segensreiche Einrichtung. Die großen öffentlichen Bauten, die Kirchen und Rathäuser, die wohl durchweg mit Blitzableitern ausgestattet sind, werden jedenfalls durch Gewitter fast nie beschädigt, was wohl dieser Schutzmaßnahme zuzuschreiben ist. Im Hause selbst gibt es einige Plätze, die bei Gewittern besonders gefährlich sind. Dazu gehören die Schlafzimmer unter dem Dach, denn der Blitz fährt häufig in den Schornstein, und wenn dessen Steine durch das Dach hindurchgeschleudert werden, können sie die Leute töten, die in solchen Dachkammern im Bett liegen. Auch die Küche ist nicht ganz ungefährlich, da sie viele metallene Gegenstände enthält. Deswegen aber braucht man nun nicht gleich Angst zu haben, während eines Gewitters beim Essen Messer und Gabeln in die Hand zu nehmen, weil ihr Metall den Blitz anziehen könnte. Im Freien ist bekanntlich das Gefährlichste, wenn man sich unter Bäume stellt. Dutzende von Tieren, besonders Kühe, werden auf diese Weise jedes Jahr getötet. Ebenso muß man vermeiden, sich bei einem Gewitter in der Nähe eines Drahtzauns aufzuhalten. In den großen Weidegebieten des amerikanischen Westens, von Argentinien und Australien, werden dadurch große Verluste an Vieh hervorgerufen, daß sich die ängstlichen Tiere an den Drahtzäunen zusammendrängen, die den Blitz anziehen. Scheunen und Heuschober werden auch öfters getroffen. Man behauptet, daß noch kein Kraftwagen, kein Eisenbahnzug und kein Radfahrer in der Bewegung vom Blitz getroffen worden sind.

ep **Die jährliche Landeskonferenz der Basler Mission** wurde am Pfingstmontag abend in Stuttgart mit einem öffentlichen Vortrag von Missionsdirektor Dinper-Basel über den Kampf der Mission gegen das eingesessene Heidentum, den Islam und die eindringende westliche Zivilisation in Süd-Borneo eingeleitet. In der Brüderkonferenz, unter Leitung von Stadtpfarrer a. D. Jehle, am Pfingstdienstag sprach derselbe Redner über den Wiederaufbau der Basler Missionsarbeit in ihren unter britischer Herrschaft stehenden Missionsgebieten. Am Mittwoch vormittag beantwortete Inspektor Oettli-Basel die Frage: welche Aufgaben ergeben sich für die evangelische Mission aus dem Selbstständigkeitsstreben der heidenchristlichen Kirchen? Bischof D. Hennig-Herrnhut sprach über Reich Gottes und Volkstum, über den europäisch-kontinentalen, den englischen und den amerikanischen Typus protestantischer Missionsarbeit.

Im Herbst soll in Sebastiansweiler ein Missionskurs abgehalten werden.

Letzte Nachrichten

Die Berliner Presse zur Entwaffnungsnote.

Berlin, 5. Juni. Der „Tag" sagt, sie sei in der Form nicht gerade unhöflich, wenn auch in der Sache absurd. Mit der Befriedigung Europas und der Welt habe diese Entwaffnungsnote gar nichts zu tun. Der „Lokalanzeiger" schreibt: wenn man eine solche Note liest wie die Entwaffnungsnote, dann kommt uns wieder so recht zum Bewußtsein, daß von einer Gleichberechtigung Deutschlands mit den kleinsten Völkern der Welt, geschweige denn mit den Großmächten, nicht die Rede sein kann, ja daß Deutschland kein souveräner Staat sein kann. Darum ist das Gefühl der Empörung und der Erniedrigung so tief, das wir wieder beim Lesen dieser Note empfinden. Die „Tägliche Rundschau" nennt die Note ein Dokument kleinlicher Rache. Die „Vossische Zeitung" schreibt: Es muß für politisch denkende historisch geschulte Persönlichkeiten ein etwas peinliches Gefühl sein, ein solches Schriftstück zu überreichen, das bei aller Mäßigung der Sprache doch der moralischen Entwaffnung, der Wiederherstellung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auf dem Fuße der Gleichberechtigung entgegenwirken muß.

Der Eindruck der Entwaffnungsnote in maßgebenden politischen Kreisen.

Berlin, 6. Juni. Ueber den vorläufigen Eindruck, den die Entwaffnungsnote hier in den maßgebenden Kreisen gemacht hat, ist bei dem Umfang der Note und großen Anlage ein abschließendes Urteil darüber selbstverständlich erst nach eingehender Prüfung möglich. Aus den Feststellungen in den Anlagen geht unmittelbar hervor, welche gewaltigen Leistungen Deutschland auf dem Gebiete der Abrüstung vollzogen hat und wie geringfügig vom internationalen Gesichtspunkt aus im Verhältnis zu diesen Leistungen die einzelnen Punkte sind, deren Erledigung die Alliierten noch fordern zu können glauben. Demgegenüber muß umsomehr befremden, daß in der Note wiederum eine völlig verfehlte Auffassung der alliierten Richtungen über den deutschen Rüstungsstand zum Ausdruck kommt und daß dabei von schweren deutschen Verstößen und von der Erfüllung wesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrages die Rede ist. Die Ausführungen der Note werden beherrscht von dem Leitgedanken, daß Deutschland verstanden hat, sich die Möglichkeit zu verschaffen, zu gegebener Zeit eine seiner Größe und Bevölkerungszahl entsprechende kriegsbereite Armee aufzustellen. Dieser Gedanke, der den wahren Sachverhalt geradezu auf den Kopf stellt, muß mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Jeder, der den eigentlichen sachlichen Kern herausschält, sieht sich vor die Frage gestellt, ob das denn alles ist, womit die Legende von dem waffenstarrenden und angriffslustigen Deutschland erklärt werden soll. Auf der anderen Seite bringt die Note im Vergleich mit der alliierten Note vom Januar ds. Js., im Vergleich mit sonstigen Auslassungen der Alliierten wenigstens den Fortschritt, daß sich jetzt mit Sicherheit feststellen läßt, welche konkreten Forderungen die Alliierten an Deutschland stellen wollen und daß sie die ausdrückliche Verpflichtung anerkennen, nach Befriedigung dieser Forderungen endlich die nördliche Rheinlandzone zu räumen, wenn deutscherseits auch der Inhalt der Note nie und nimmer anerkannt werden kann. Die Situation hat eine wesentliche Klärung dadurch erfahren, daß die Alliierten sich nunmehr auf dieser Verpflichtung festgelegt haben, dabei kann aber niemals vergessen werden, daß es zur Erzielung dieses Ergebnisses eines Zeitraumes von 5 Monaten gebraucht hat und daß die Erledigung der Räumungsfrage die Räumung der Rheinlandzone willkürlich um diesen Zeitpunkt verzögert hat.

Die deutsche Regierung hat kein anderes Ziel als das, auf dem Boden allseitiger Erfüllung übernommener Verpflichtungen endlich den wahren Frieden und feste Rechtszustände herbeizuführen und damit dem deutschen Volke Ruhe für den Wiederaufbau und die fruchtbare Zusammenarbeit mit den anderen Völkern zu schaffen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw